

Report 4

China – ein schwieriger Partner

September 2020

EuropaUnion Hochtaunus e.V.

Kreisvorstand

hochtaunus.europa-union.de

hochtaunus@eu-hessen.de



**EuropaUnion
Hochtaunus**

Was China in der globalisierten Welt vorhat und warum – nur Marktmacht oder mehr?

Vor einigen Tagen gab es ein EU-China-Spitzenentreffen per Video, an dem die aktuellen EU-Spitzen (Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der Ratspräsident Charles Michel und die derzeitige rotierende Vorsitzende des Europäischen Rates Angela Merkel) und der chinesische Präsident und Parteivorsitzende Xi Jinping teilnahmen. Es war der Ersatz für ein großes Treffen aller 27 Mitgliedsstaaten mit Xi, das coronabedingt ausfallen musste. Ergebnisse gab es keine.

Kurz vor diesem Termin konnten Interessierte in einer digitalen Veranstaltung des Europäischen Info-Points in Dietzenbach mit einem Vortrag der China-Expertin Angela Stanzel von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin viel lernen über ein Land, das mit seinen zwei Gesichtern ein schwieriger Partner für die EU ist. Für viele der zahlreich zugeschalteten Teilnehmer*innen war ihr Vortrag ein Augenöffner, denn es waren nicht nur die zahlreichen unterschiedlichen Aktivitäten Chinas rund um den Globus, die für viele überraschend und neu waren, sondern auch die Erläuterungen darüber, was China und Xi damit erreichen wollen. Ganz abgesehen von der chinesischen Handelspolitik betreibt das Land eine geopolitische Ausbreitung, die u.a. vom Südchinesischen Meer über Hongkong und Taiwan nach Sri Lanka bis nach Europa und weiter nach Afrika reicht. Während zunächst nach dem Beitritt Chinas zur WTO im Jahr 2000 die Hoffnungen groß waren, einen offenen Handel und Wandel zu betreiben, tritt die chinesische Regierung seit 2013 sehr aggressiv auf. Im Südchinesischen Meer zeigt sie ihre Stärke als Militärmacht mit einer deutlichen Erhöhung der Militärausgaben. Mit dem Abschuss von zwei Mittelstreckenraketen in dieses Gebiet haben die USA dies deutlich zu spüren bekommen. Es gab auch deutliche Signale in die europäische Richtung mit einer Militärübung gemeinsam mit Russland im Mittelmeer. In Sri Lanka wurde ein von China übernommener Hafen zu einem Militärstützpunkt ausgebaut. Der Machtanspruch gegenüber Taiwan wird dem Westen durch mediale und diplomatische Einschüchterungsversuche demonstriert, um Kontakte der westlichen Welt dorthin zu verhindern. Die Rolle als Teilnehmer an einer Marktwirtschaft ist längst aufgegeben. Die Unternehmen sind jetzt mehrheitlich in Staatshand. Es gibt keinen fairen Wettbewerb und das Land schottet sich mehr und mehr ab.

In der inner-chinesischen Politik hat Xi alle Entscheidungsmacht an sich gezogen. Die Bevölkerung wird digital überwacht, Minderheiten wie die Uiguren werden in riesigen Lagern umgesiedelt, in der autonom regierten Mongolei ist gerade erst Chinesisch als Unterrichtssprache eingeführt worden. Den Umgang mit Tibet hat der Rest der Welt schon lange vergessen. China bezeichnet die Unterdrückung als „notwendig für eine Verhinderung einer Mobilisierung“ dieser Minderheiten. Deutlicher kann man das nicht benennen, was gewollt ist. Das Sicherheitsgesetz der chinesischen Regierung für Hongkong sieht die westliche Welt als einen Bruch internationalen Rechts, was bedeutet, dass die Chinesen ohnehin solche Verträge nicht mehr für beachtenswert halten. Ganz neu: in Berlin wird in einem Buchladen chinesisches staatliches Propagandamaterial zum Kauf angeboten, das im

Rahmen einer chinesischen „Literaturoffensive“ in die Regale kam. Das sind nur einige ausgewählte Beispiele der aktuellen Vorgehensweise dieses Landes.

Für China ist die Europäische Union ein wichtiger Handelspartner und wichtig für seine Auslandsinvestitionen, wobei es bisher nur einige eher erfolglose Versuche gab, die EU in Ost und West zu spalten. Bei chinesischen Übernahmen sind Deutschland und die EU inzwischen wachsamer geworden. Die Übernahme deutscher Joint Ventures durch chinesische staatseigene Firmen werden nun doch nachdenklicher betrachtet als vorher.

Die Chinakennerin Angelika Stanzel hat aufgrund der vielen Nachfragen aus der Zuhörerschaft des Webinars einige Antworten auf die Fragen des Warums gegeben: Innenpolitisch gehe es Xi um den Erhalt der kommunistischen Partei und seiner Führungsrolle. Aus historischer Sicht gehe es ihm besonders um die Verwirklichung des „Chinesischen Traums“, nämlich die Rückkehr zu der Zeit der großen Dynastien. Mit starker Hand hält der Staats- und Parteiführer sein Land in festem Griff und nach außen wechselt der Auftritt von freundlich zu rigide, je nachdem, was sein Ziel ist. Er suche bewusst den Wettstreit mit den USA im Handel, auch militärisch suche er die USA zu beeindrucken, wobei er kein „Weltpolizist“ werden möchte. China betreibe einen „systemischen Wettbewerb“ mit dem er beweisen will, dass das chinesische Modell des Staatskapitalismus erfolgreicher ist als eine demokratische und offene (soziale) Marktwirtschaft. Dafür baue er Netzwerke und suche „Follower“. Seine „Außenstellen“ und „Brückenköpfe“ nehmen an Zahl zu. Dazu diene auch der Bau der „Neuen Seidenstraße“ und die Finanzierung von Infrastruktur in Afrika. Auch der Kauf von Häfen wie Piräus in Griechenland sind Brückenköpfe für den chinesischen Handel und der Binnenhafen von Duisburg mit seinem Eisenbahnkopfbahnhof ein gutes Mittel für einen weiteren europäischen Stützpunkt. Der Hafen von Djibouti hätte kürzlich auch schon mal einer chinesischen Militärübung gedient, soweit bekannt zur Evakuierung chinesischer Arbeiter aus der dortigen Region. Der afrikanische Kontinent sei zudem Versuchsfeld für neue Möglichkeiten in der Landwirtschaft und der Beschaffung von Rohstoffen. Als Fazit lasse sich festhalten, so Angelika Stanzel am Ende der Videoveranstaltung, dass China seine Möglichkeiten austeste – sowohl wirtschaftlich als auch militärisch. Es stehe aber auch fest, dass die USA zwar nach wie vor militärisch überlegen seien und China den europäischen Markt brauche.

Mit diesem Report wird aber auch deutlich, dass die EU, wenn sie ihre Wirtschaftsstellung und damit auch ihre Werte verteidigen will, sich sehr wohl überlegen sollte, wie weit man dem „strategischen Partner“ China Zugang einräumen will, der selbst keinen Zugang gewährt, jedenfalls bisher nicht trotz sechsjähriger Investitionsverhandlungen mit den Chinesen. Die EU muss vor allem aufhören, alle Augen zuzudrücken, wenn es um die Verletzung der Menschenrechte in China geht. Noch wichtiger ist es, dass auf europäischer Seite angefangen werden muss, in Zukunft sowohl bei den Investitionen als auch beim Warenverkehr die Bremsen anzuziehen, um die Abhängigkeit von diesem Land zu verringern. Die „Sprache der Macht“, die Frau von der Leyen am Beginn ihrer Präsidentschaft angekündigt hat, wird es allein nicht richten.